

KOMPAKT

Dialog

**MÜNCHEN-TAG** Am ersten Sonntag im September kam vieles zusammen: Der Europäische Tag der jüdischen Kultur trat in »Dialog« mit dem Jahresmotto »1700 Jahre jüdisches Leben in Deutschland«. Strahlend schönes Wetter wetteiferte mit der Lust von Besuchern am Jakobsplatz, die neuen Öffnungsregeln in Verbindung mit den nun geltenden 3G-Regeln auszunutzen. Und das Kulturzentrum setzte auf Aktivitäten im Freien. Führungen durch die Outdoor-Ausstellung hatten den Schwerpunkt »Leibesübungen« sowie »Israel« und als verbindendes Thema die »Olympiade 1972«, um auch den 5. September als 49. Jahrestag des Attentats auf die israelische Mannschaft einzubeziehen. Darum gab es Führungen durchs Olympiagelände, aber auch am Alten Israelitischen Friedhof. Schlange stehen für eine Synagogenführung – wie lange hatte man das nicht mehr gesehen? Sogar Touristen aus den USA und Australien waren darunter. Und zum Ausklang gab es ein Livekonzert der israelisch-iranischen Band »Sistanagila« im Hubert-Burda-Saal. Die Musiker aus Israel und Iran, die in Berlin leben und musizieren, begeisterten ihr Münchner Publikum mit einem Mix aus israelischer Folklore, sefardischen Romanzen und persischem Trommel-Solo. *ikg*



Ellen Presser bei einer Führung in der Synagoge

Premiere

**SCHACHNOVELLE** Die traditionellen Jüdischen Kulturtage zwischen September und November sind dieses Jahr mit Beiträgen zu den 12. Jüdischen Filmtagen verknüpft. Dazu ist – wie alle Jahre – wieder ein Booklet mit ausführlichen Hinweisen erschienen, gedruckt erhältlich im Kulturzentrum der IKG (E-Mail: kultur@ikg-m.de) oder auf der Website der IKG einzusehen unter www.ikg-m.de/kultur. Als erstes Highlight hat der Spielfilm *Schachnovelle* mit einer internationalen Starriege wie Oliver Masucci, Rolf Lassgård, Samuel Finzi und Birgit Minichmayr Premiere in den City Kinos. Karten für das Event am Donnerstag, 23. September, 20 Uhr, gibt es online unter www.city-kinos.de oder telefonisch unter der Nummer 089/59 19 83. *ikg*

**INTERVIEW** Charlotte Knobloch über die Bundestagswahl und den Mut der Gesellschaft

**Frau Knobloch, seit eineinhalb Jahren gibt das Coronavirus den Takt vor, im privaten wie im öffentlichen Leben. Auch die Politik inklusive Wahlkampf machte in dieser Hinsicht keine Ausnahme. Wie stark wird sich Ihrer Einschätzung nach die Corona-Krise auf das Ergebnis der Bundestagswahl auswirken?**

Genau werden wir es erst wissen, wenn das amtliche Endergebnis vorliegt. Bei mir ist die bevorstehende Wahl aber vor allem mit der Hoffnung verbunden, dass die Vernunft die Oberhand behält. Immerhin waren die zurückliegenden eineinhalb Jahre ein wahres Konjunkturprogramm für Antisemitismus und Judenhass. Ich möchte nur an die unsäglichen »Hygiene-Demonstrationen« erinnern. Auch in Bayern waren diese Treffen Superspreader-Events für Judenhass.

**In einigen deutschen Städten ist es sogar zu offenen Gewaltausbrüchen gegenüber Juden und jüdischen Einrichtungen gekommen. Von solchen Exzessen blieb München offenbar verschont.**

Das ist sehr relativ zu betrachten. Der Judenhass, der bei den Demonstrationen in unserer Stadt transportiert wurde, war schockierend. Und bei dem Ganzen mit im Boot: die AfD. Die fühlt sich durch die trübe Suppe aus Esoterik, Rechtsextremismus und Verschwörungsglauben, die die Corona-Leugner über Monate hinweg angerührt haben, geradezu magisch angezogen. Grenzen scheint es für diese Partei, die sich als demokratisch darstellt, da nicht zu geben.

**Wie sieht diese Grenzenlosigkeit, die Grenzüberschreitung, konkret aus?**

Man kann feststellen, dass die AfD keinerlei Berührungängste mit Gruppen hat, die die Pandemie für eine jüdische Weltverschwörung und eine Erfindung halten. Die sechs-zackigen gelben Sterne mit der Aufschrift »ungeimpft«, die bei den Demonstrationen getragen wurden und nichts anderes als eine Verhöhnung der tatsächlichen Holocaust-Opfer darstellten, stießen sogar noch auf Gefallen. Die Fraktionsvorsitzende der AfD im Bayerischen Landtag hat sich jedenfalls mit einem Träger des gelben Sterns fotografieren lassen. Diese Aufnahme verbreitete sich dann blitzschnell in den sozialen Medien.

**Die Wähler vom rechten Rand stören sich an solchen Auftritten offenbar nicht. Die großen Wahlforschungsinstitute rechnen sogar mit Stimmenzuwachs und einem zweistelligen Wahlergebnis für die AfD. Erschreckt Sie das?**

Vor allen Dingen kommt es für mich nicht überraschend. Seit Jahren weise ich immer wieder und bei allen möglichen Anlässen auf diesen für Deutschland beschämenden Trend hin. Für die jüdische Gemeinschaft



IKG-Präsidentin Charlotte Knobloch

gibt es da nicht den geringsten Spielraum. Deutschland braucht vielleicht vieles, aber weitere vier Jahre AfD im Bundestag sicherlich nicht.

**Das starke antisemitische und judenfeindliche Grundrauschen, das Sie und die jüdische Gemeinde zur Kenntnis nehmen müssen, gehört zu 2021. Dieses Jahr bietet aber auch Anlass zum Feiern. Seit 1700 Jahren gibt es jüdisches Leben in Deutschland. Wie fällt die aktuelle Bilanz aus?**

Wenn wir in diesem Jahr »1700 Jahre jüdisches Leben in Deutschland« feiern, dann

ist es schön, dass die Öffentlichkeit in großem Stil von der jüdischen Gemeinschaft Notiz nimmt. Noch wichtiger wäre es allerdings im Lichte der Aufmerksamkeit dieses Festjahres, auch die bedenkliche Situation in den Fokus zu stellen, in der Juden sich heute befinden.

**Wer ist gefordert? Was müsste getan werden?**

Zunächst einmal will ich festhalten, dass bei den staatlichen Stellen und auf allen Ebenen inzwischen die deutliche Bereitschaft erkennbar ist, sich der bestehenden

Probleme anzunehmen. Das ist eine erfreuliche Entwicklung, auch wenn ich sie mir früher gewünscht hätte. Ein Blick auf den Alltag macht aber auch klar, dass der Weg noch weit ist.

**Wie meinen Sie das?**

Ich muss mir ja nur die endlosen Debatten und Auseinandersetzungen, auch auf gerichtlicher Ebene, mit der antisemitischen BDS-Kampagne vor Augen führen. Der Münchner Stadtrat hat vor vier Jahren aus guten Gründen beschlossen, der Bewegung keine städtischen Räume mehr für deren Propaganda zur Verfügung zu stellen. Heute, im Jahr 2021, führen wir in Kenntnis all des Hasses und der Hetze, die von BDS ausgehen, noch immer die gleichen ermüdenden Diskussionen: Ist BDS mit seinen antijüdischen Aussagen wirklich antisemitisch oder nicht vielleicht doch nur ein Extrembeispiel für gelebte Meinungsfreiheit? Diese Frage ist schon längst beantwortet.

**Den Beschluss des Stadtrats hat das Bayerische Oberste Verwaltungsgericht gekippt. Können Sie die Gründe dafür nachvollziehen?**

Das fällt mir in diesem Fall ziemlich schwer. Der Stadtrat, haben die Richter argumentiert, habe mit dem Verbot die Meinungsfreiheit unzulässig eingeschränkt. Außerdem dürfe man selbst antisemitische Äußerungen nur in bestimmten Ausnahmefällen untersagen. Da hätte ich mir angesichts der klaren Verhältnisse etwas mehr Mut gewünscht. Wenn »Meinungsfreiheit« ein Freifahrtschein für Judenhass sein soll, dann ist BDS auf jeden Fall von der Meinungsfreiheit gedeckt. In der Realität aber hat der Hass, den BDS verbreitet, mit dem hohen Gut Meinungsfreiheit rein gar nichts zu tun.

**Welche Wirkung haben wachsender Antisemitismus und Judenhass, dazu eine Partei wie die AfD, auf die jüdische Gemeinde?**

Das jüdische Volk hat in seiner Geschichte weit größere Herausforderungen bewältigen können, und ich habe nicht den geringsten Zweifel daran, dass wir als jüdische Gemeinschaft in München den Problemen unserer Zeit gewachsen sind. Wenn überhaupt, dann hat die Pandemie-Zeit mich in dieser Überzeugung sogar noch bestärkt. Ich konnte sehen, wie die Menschen und die Strukturen unserer IKG gleichsam in einem Stresstest geprüft wurden und wie sie diese Prüfung mit Bravour gemeistert haben. Der Zusammenhalt, die Einheit unserer Gemeinde, sie waren niemals stärker als heute. Aber sie waren auch nie nötiger als heute.

■ Mit der Präsidentin der Israelitischen Kultusgemeinde München und Oberbayern sprach Helmut Reister.

Besuch vor der Wahl

**GEMEINDE** Die Grünen-Kanzlerkandidatin Annalena Baerbock suchte das Gespräch mit dem IKG-Vorstand

Ein Gespräch mit Präsidentin Charlotte Knobloch und dem Vorstand der Israelitischen Kultusgemeinde wollte sich Annalena Baerbock, Kanzlerkandidatin von Bündnis 90/Die Grünen, bei ihrem Besuch in München nicht entgehen lassen. Das Treffen fand auf ihren Wunsch am Donnerstag vergangener Woche im Gemeindezentrum am Jakobsplatz statt.

Charlotte Knobloch, die im Namen der gesamten Gemeinde sprach, zeigte sich »froh und dankbar« darüber, dass die Politikerin trotz der Hektik in der heißen Phase des Wahlkampfs den Besuch der Gemeinde für notwendig erachtet habe. »Das ist ein wichtiges Signal, das nicht nur in unserer Kultusgemeinde wahrgenommen wird«, betonte die IKG-Präsidentin nach dem Gespräch in ausgesprochen freundlicher Atmosphäre.

Zu den Themen, die die Mitglieder der jüdischen Gemeinschaft vor der Wahl bewegten und die bei dem Treffen angesprochen wurden, gehörten etwa die Frage der Anerkennung von Rentenansprüchen unter Kontingentflüchtlingen, aber auch der zunehmende Judenhass und das Auseinanderdriften der Gesellschaft. Für die Gemeinde, so die Präsidentin, sei es wich-

tig, die Positionen der Politikerin zu diesen Themen zu kennen, die zwar in der Mehr-

heitsgesellschaft oft nicht im Fokus stehen würden, für jüdische Menschen aber Alltag

seien. »Gerade im Netz erleben jüdische Menschen Beleidigungen inzwischen fast



Ein Treffen mit hochrangigen Vertretern der IKG war ein Herzenswunsch von Annalena Baerbock (rechts neben IKG-Präsidentin Knobloch).

täglich«, stellte die IKG-Präsidentin fest. Annalena Baerbock sprach nicht nur von einem ganz persönlichen Anliegen, Antisemitismus in all seinen Ausprägungen immer und überall entgegenzutreten. Sie hob in diesem Zusammenhang auch die gesamtgesellschaftliche Verantwortung hervor. »Jüdisches Leben«, erklärte sie, »ist zentraler Bestandteil unserer pluralen Gesellschaft. Nach allem Leid, das einst von Deutschland gegenüber Jüdinnen und Juden ausgegangen ist, empfinde ich das als umso größeres Geschenk. Ein Geschenk, das es zu bewahren und zu schützen gilt.«

Bei dem Treffen ging die Präsidentin auch auf die Erwartungshaltung der Gemeinde ein. »Nicht nur wir hier in der IKG erwarten, dass jede neue Bundesregierung, egal in welcher Zusammensetzung, im Kampf gegen Hass und Antisemitismus zügig und klar Akzente setzt«, sagte sie. Hass dürfe keine Rückzugsorte mehr haben. Neben der Präsidentin, dem Vorstand und Geschäftsführer Steven Guttman nahmen an dem Gespräch auch Gemeindevorsteher Shmuel Aharon Brodman, Vertreter von Stadtteilsynagogen sowie Harry Habermann, ein unermüdlicher Unterstützer der Gemeinde, teil. *hr*